

Gemeinsam gegen Ausgrenzung

Fachleute diskutierten im Alexianer wie Patienten eine Teilhabe am Leben wiederlangen können

VON BEATRIX LAMPE

Ensen-Westhoven. Für zahlreiche Menschen unter anderem mit psychischen Erkrankungen hat das Bundesteilhabegesetz erhebliche Verbesserungen und eine stärkere Eingliederung in die Normalität gebracht. Gewisse Personengruppen fallen nach Beobachtung von Fachleuten aber durch alle Raster und finden kaum angemessene Unterstützung. Für Patienten, die außer einer Behinderung auch psychische Erkrankungen und erhebliche Verhaltensauffälligkeiten haben, muss nach Auffassung des Zweckverbandes der katholischen psychiatrischen Behandlungs- und Betreuungseinrichtungen (zpb) dringend individuelle Hilfe her.

Bei einer Tagung im Alexianer Krankenhaus Porz tauschten sich jetzt 200 Fachleute aus Psychiatrie, Behindertenhilfe, Sozialverwaltung, Spitzenverbänden, Gesundheits- und Sozialpolitik aus. Weitere 200 Teilnehmende waren online zugeschaltet. Von dieser Resonanz zeigte sich Achim Klein, der Vorstandsvorsitzende des Zweckverbandes, überwältigt. Dies zeigte: „Das Thema und die gemeinsame Befassung brennen uns allen auf der Seele.“

Bei einem Pressegespräch berichteten Heike Schellhaas, Martin Fuchs und Peter Scharfe, alle drei tätig in der Leitung großer rheinischer Einrichtungen für Psychiatrie, Sozialpsychiatrie und Behindertenhilfe, von der Herausforderung dieser speziellen Hilfe.

Es sind demnach zahlenmäßig nicht viele Patienten, die eine weit individuellere Hilfe brauchen als vom Gesetzgeber und den Kostenträgern vorgesehen ist. In Köln dürften es nicht einmal drei Dutzend Personen sein. Diese aber sind wegen der Schwierigkeiten, die sich aus der Kombination von intellektuel-



Martin Fuchs, Heike Schellhaas und Peter Scharfe vom Zweckverbandsvorstand fordern ideenreichen Einsatz gegen die Ausgrenzung psychisch schwer kranker Menschen. Foto: Lampe

„Diese Menschen landen schließlich ohne jede Perspektive in einer Klinik, wo sie aber eigentlich nicht hin gehören“

Peter Scharfe,
Tagungsteilnehmer

len Defiziten, psychischen Erkrankung und zum Teil anders oder sich selbst gefährdender Verhaltensweisen „mit den bestehenden Hilfsangeboten nicht annähernd angemessen zu versorgen“, sagt Martin Fuchs.

„Diese Menschen fallen massiv auf, können sich nicht anpassen, verlieren vielleicht ihre

ZPBB EXISTIERT SEIT 1953

Der Zweckverband der katholischen psychiatrischen Behandlungs- und Betreuungseinrichtungen (zpb) ist ein seit 1953 aktiver Zusammenschluss von elf Einrichtungen im Bereich Nordrhein, die psychisch kranke Menschen oder Menschen mit Behinderungen behandeln oder betreuen. Neben dem Ziel, fachlichen Austausch zu ermög-

lichen und die Interessen der Mitgliedseinrichtungen samt der 7300 Mitarbeitenden zu vertreten, versteht sich der zpb als Anwalt der Menschen, die in der Gesellschaft oft ausgegrenzt werden. Der Zusammenschluss ist bundesweit einmalig und hat bei Verhandlungen mit Kostenträgern eine bedeutende Stimme. (bl)

Wohnung, jegliche sozialen Bezüge, sind in Wohngruppen nicht angemessen zu versorgen und landen schließlich ohne jede Perspektive in einer Klinik, wo sie aber eigentlich nicht hin gehören“, schildert Peter Scharfe. Heike Schellhaas sagt: „Dabei entstehen Lebensläufe, die ungesund sind“. Sie spricht von einem

tragischen „Drehtür-Effekt“ für die Patienten. Die Systeme der Sozial- und Gesundheitsverwaltung kommunizierten nicht optimal, was diese stark fordernde Patientengruppe betrifft. „Da sind die Gesetzbücher oft Schnittstellen statt Verbindungen für die Behindertenhilfe“, bedauert Schellhaas.

Die Organisatoren und Teilnehmer der Tagung sind sich einig, dass die Humanität der Gesellschaft sich auch beim Umgang mit Menschen zeige, die ja nicht selbstverschuldet an schweren Beeinträchtigungen samt herausforderndem Verhalten litten. Doch auch die Fachwelt habe noch nicht die endgültigen Ideen zu einer Versorgung mit höherer Lebensqualität für die Betroffenen samt Kompatibilität für die Umwelt.

Martin Fuchs, Heike Schellhaas und Peter Scharfe führen Vorschläge ins Feld, die eine individualisierte Hilfe in der Nähe von Kliniken bieten könnten. Das „Dogma der Enthospitalisierung“, das in den vergangenen Jahren geherrscht habe, könne im Interesse dieser Hilfsbedürftigen neu diskutiert werden. Für diese Menschen sei oft ein geschützter Ort wichtig. Reizüberflutung, wie sie in Wohngruppen auftreten kann, sei dagegen schädlich. Schellhaas berichtet von einem Patienten, dem der Aufenthalt an Meer und Strand enorm gut tue, andere Betroffene brauchten unbedingt konstant vertraute Personen zur Betreuung und wieder andere besonders gestaltete Räume, in denen sie sich sicher fühlten. Für solche sehr individuellen Bedürfnisse müsse natürlich weit mehr Geld als für eine Regelversorgung aufgewendet werden. Gesetzgeber und Kostenträger seien gefragt, „außerhalb der Systeme zu schauen“, sagte Scharfe.

Die Tagung mit so vielen Teilnehmern, die das Problem ernst nehmen, sei „auch ein Zeichen der Hilflosigkeit“ der Fachwelt. Um wirksame Veränderungen zu erzielen, müssten individuelle Hilfen finanziell ermöglicht werden. Und dazu sei eine bessere Verzahnung der Sozialgesetzbücher 5 und 9 (Krankenversicherung sowie Rehabilitation und Teilhabe) unerlässlich.